

«Ich begrüsse liberale Ansätze der Regierung»

Interview mit der stellvertretenden Abgeordneten Nadine Vogelsang

Die stellvertretende Abgeordnete Nadine Vogelsang stellte im Juni-Landtag eine kleine Anfrage zum Ausbau des Fernwärmenetzes. Im Interview erklärt sie, weshalb das zu einer klimaneutraleren und unabhängigeren Zukunft beiträgt.

INTERVIEW: LISA GERNER

Bei Deiner Kleinen Anfrage im Juni-Landtag hast Du Dich nach dem Ausbau des Fernwärmenetzes erkundigt. Warum ist das aktuell ein wichtiges Thema für Liechtenstein?

Nadine Vogelsang: Heizungen verursachen rund 35 % der Treibhausgasemissionen. Die LGV investiert dieses Jahr mehr als 16 Millionen Franken in den Ausbau des Nah- und Fernwärmenetzes. Aktuell sind bereits 201 Liegenschaften ans Netz angeschlossen. Demgegenüber werden immer noch 4800 Liegenschaften mit Gas und 3400 Liegenschaften mit Öl beheizt. Aber der Trend zeigt deutlich in eine andere Richtung. Laut Baustatistik wurde im letzten Jahr erstmals seit Messbeginn keine Ölheizung mehr verbaut und auch Gasheizungen erreichten seit 20 Jahren mit 7 % einen Tiefststand. Die steigenden Preise, die Abhängigkeit vom Ausland



Lisa Gerner interviewte die stellvertretende Landtagsabgeordnete Nadine Vogelsang. (Foto: Paul J. Trummer)

und der Klimawandel scheinen die Bevölkerung zum Umdenken zu veranlassen und auch der Staat trägt seit Jahren mit grosszügigen Förderungen und Investitionen dazu bei. Wenn die LGV jetzt beim Ausbau der Netzinfrastruktur Tempo macht, sind Verbote meiner Meinung nach obsolet.

Im Fernwärmenetz liegen demnach viele Erfolg versprechende Möglichkeiten, aber im Ausbau tun sich auch Schwierigkeiten auf. Welche sind das?

Nadine Vogelsang: Nah- und Fernwärmesysteme sind im Verhältnis zu anderen Heizsystemen in der Anschaffung finanziell attraktiv, da die LGV den Ausbau des Fernwärmenetzes übernimmt, ähnlich dem Strom- und Glasfasernetz der LKW. Jedoch verliert Fernwärme über die Distanz an Leistung und ist dementsprechend nur für nahe und dichter besiedelte Regionen geeignet. Laut Antwort der Regierung auf meine Kleine Anfrage besteht für Interes-

senten, die sich derzeit laut Geoport der liechtensteinischen Landesverwaltung nicht im Perimeter befinden, kurzfristig kaum eine Möglichkeit zum Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz. Mittelfristig soll jedoch auch eine Versorgung ausserhalb des derzeit festgelegten Perimeters möglich sein. So können aktuell nicht alle Eigentümer und Eigentümerinnen von dieser Alternative profitieren.

Damit das Fernwärmenetz rentabel ist, braucht es eine möglichst hohe Anschlussdichte. Wie stehst Du zu einer etwaigen Anschlusspflicht?

Nadine Vogelsang: Laut Regierung wird es in den erschlossenen Gebieten keine Anschlusspflicht geben. Denn die Einführung einer Anschlusspflicht an das Nah- und Fernwärmenetz würde umgekehrt den Einsatz von Heizungen mit anderen nachhaltigen Energieträgern ausschliessen. Ich begrüsse diesen liberalen Ansatz, den die Regierung al-

lenfalls noch mit weiteren Förderungen unterstützen wird.

Am Ausbau des Fernwärmenetzes ist vor allem die LGV als öffentliche Institution beteiligt. Ist das sinnvoll?

Nadine Vogelsang: Öffentliche Unternehmen haben den notwendigen Gesamtüberblick, um Netz-Infrastruktur ressourcenschonend bereitzustellen. Ich befürworte, dass die LGV das Fernwärmenetz ausbaut, allenfalls würde eine Zusammenarbeit mit den LKW noch Synergieeffekte bringen. Jedoch dürfen private Anbieter und Anbieterinnen wie die Heizwerke Malbun und Balzers dadurch nicht benachteiligt werden. Aufgrund der hohen Nachfrage verstehe ich, dass aktuell auch öffentliche Unternehmen Endprodukte wie Wärmepumpen anbieten. Sobald der Markt jedoch gesättigt ist, ist es fraglich, ob der Staat noch für die Bereitstellung von solchen Produkten zuständig sein sollte.

Landtag

Kleine Anfragen, grosse Probleme?

Wer als aussenstehender Beobachter die Kleinen Anfragen der Abgeordneten an die Regierungsrätinnen und -räte mitverfolgt und sich schlussendlich die gesamten Antworten durchliest, kann erahnen, wie viel Arbeit hinter der Vorbereitung und Beantwortung steckt.

Offen bleibt hingegen oft, wie die angesprochenen Themen weiterverfolgt werden. Im Juni-Landtag ergab sich diesbezüglich eine beispielhafte Beantwortung. Der FBP-Fraktions Sprecher Daniel Oehry wies in einer seiner Kleinen Anfragen berechtigterweise darauf hin, dass laut seiner Recherche viele Liechtensteiner Vereine für ihre Websites Google Analytics verwenden, dessen Datenschutzkonformität unlängst als kritisch eingestuft wurde. Entsprechend wollte Oehry wissen, ob Privatpersonen oder Vereine mit Konsequenzen rechnen müssen und ob die Infos zur problematischen Datenschutzzlage öffentlichkeitswirksam verbreitet werden.

Die zuständige Ministerin Marok-Wachter verwies in ihrer Antwort zwar darauf, dass das Problem bekannt ist und etwa ein «Weiterbildungsveranstaltungen an den beiden Universitäten Liechtensteins» sowie auf der Internetseite der Datenschutzstelle darüber informiert werde, aber eine nachhaltige Lösung wird, so lässt es sich aus der Beantwortung entnehmen, nicht angestrebt.

Schliesslich endet die Antwort der Ministerin damit, dass es jeder und jedem selbst überlassen sei, «ob man auf konforme Tools umstellt oder das Risiko einer Beschwerde auf sich nimmt». Damit scheint die Sache für Marok-Wachter gegessen zu sein. Doch gerade wenn Kleine Anfragen wie in diesem Fall auf eine eindeutig vorhandene Unstimmigkeit hinweisen, wäre eine Weiterverfolgung des Problems zu erwarten. So aber bleibt offen, welchen verändernden Nutzen das Instrument der Kleinen Anfrage hat, wenn zwar auf eine Unstimmigkeit im Status quo hingewiesen wird, allerdings vonseiten des zuständigen Ministeriums keine Ambitionen auf Verbesserungen vorhanden sind.

Zugegeben gibt es im Land zurzeit schwerwiegendere Probleme als die Datenschutzzkonformität von Google Analytics, allerdings zeigt sich daran wie ein parlamentarisches Instrument nicht immer die Stärke hat, die es eigentlich haben müsste. Zoomen wir aus dem Fall etwas raus, zeigt sich dabei noch eine weitere Baustelle. Viele Themen rund um die Digitalisierung und damit einhergehende Probleme werden immer noch als Einzelfälle betrachtet und sind auf verschiedenste Ministerien aufgeteilt. Dabei nimmt die digitale Welt immer mehr Raum ein und die Aufgaben, die sie mit sich bringt, werden die Regierung immer stärker beanspruchen. Sie entsprechend in einer Stelle, etwa einem Ministerium für Digitales, zu vereinen, wird zukünftig kaum vermeidbar sein.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Mit aufmerksamen Augen

Wie gut können sich Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen auf die Hilfsinstitutionen des Staates verlassen? Die Antwort auf meine Kleine Anfrage zeigt: Das Thema muss vor allem auch ausserhalb des gesetzlichen Rahmens Gehör finden.

VON DANIEL SEGER

Besonders bei Kindern und Jugendlichen haben die zwei Jahre Pandemie psychische Probleme verursacht oder verschärft. Die mangelnden sozialen Kontakte, die neuen Umstände im Unterricht, all das hat dazu beigetragen. Oft wissen betroffene Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern jedoch nicht, wo sie sich im entsprechenden Fall mit ihren Anliegen und Sorgen

melden sollen. Zudem ist die gesellschaftliche Hemmschwelle psychischer Krankheiten vereinzelt immer noch vorhanden, obwohl psychische Krankheiten ebenso gefährliche und desaströse Folgen wie physische Krankheiten haben können. Deshalb war es mir im Juni-Landtag ein Anliegen, in Erfahrung zu bringen, welche Anlaufstellen es in der Region gibt und wie es um die freien Kapazitäten bei den Psychologinnen und Psychologen steht. Wie die Beantwortung der Kleinen Anfrage dazu offenlegte, ist sich der zuständige Gesellschaftsminister Manuel Frick der Problematik durchaus bewusst und hat sie im Blick. Betroffene Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern können sich im Ernstfall an die sich im Land befindlichen Kinder- und Jugendpsychiater als erste Ansprechpartner wenden. Das psychologische Angebot im Land wurde dabei im letzten Jahr systematisch erweitert. Auch der Kinder- und Ju-



Symbolbild. (Foto: Shutterstock)

genddienst des Amtes für Soziale Dienste wie auch die Schulsozialarbeit haben dabei ein offenes Ohr. Ebenso wie die Elternberatung der «Pro Juventute Schweiz» und die telefonische Beratung unter 147. Bei Suchterkrankungen gibt es wiederum eigens dafür geeignete Kontaktmöglichkeiten, etwa bei der Suchtberatung Sarganserland und die Suchtberatung Werdenberg. Der Gesellschaftsminister liess den Landtag wissen, dass sein Ministerium seit Anfang Mai ein Projekt lan-

ciert, das «gestützt auf eine Bestandsaufnahme die beiden Schwerpunkte psychiatrisches Notfallmanagement sowie Optimierung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in den Vordergrund stellt».

Das ist zwar erfreulich, schlussendlich liegt der Ball aber nicht nur bei der Regierung und dem Landtag, sondern auch bei jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger. Ein einfühlsamer Umgang, offene Ohren und aufmerksame Augen von jeder und jedem Einzelnen können von psychischen Problemen Betroffenen helfen entsprechende Hilfeangebote aufzusuchen und so einen ersten Schritt in Richtung Genesung zu unternehmen.



Daniel Seger
Abgeordneter



Anton Beck
Vorsitzender
junge FBP